

Renate Schmidt, Bundesministerin a.D.

**Dankrede zur Verleihung des Max-Friedlaender-Preises
des Bayerischen Anwaltverbandes
am 18. November 2011 in der Residenz, München**

Es gilt das gesprochene Wort.

Für diese hohe Auszeichnung, die einen großen Namen trägt, bedanke ich mich sehr herzlich. Ich gestehe, dass ich den Namen Max Friedlaender noch vor wenigen Monaten nicht so ganz einordnen konnte. Das habe ich nachgeholt. Für diesen Anstoß zur persönlichen Weiterbildung danke ich Ihnen auch.

Wie bei vielen politisch aktiven Menschen sind die Begründungen sich zu engagieren oft persönlich motiviert. Bei mir war es das Lesen des Tagebuchs von Anne Frank, als ich 15 war.

Anne Frank, am 12. Juni 1929 in Frankfurt am Main geboren, lebte 1938 schon seit vier Jahren im niederländischen Exil, 1938, das Jahr, in dem Max Friedlaender nach England emigrierte. Der Grund war seine „jüdische Herkunft“ und, dass diese Herkunft durch den um sich greifenden rassistischen Naziterror zur Gefahr für Leib und Leben jüdischer Menschen geworden war.

Vor dem Wiedererwachen einer solchen Gefahr sind wir heute weit entfernt. Das ist das Verdienst des demokratischen Rechtsstaats Deutschland und ist insofern auch Ihr Verdienst, die Sie im Dienst des Rechtsstaats stehen – egal ob als Anwalt, Richter oder Staatsanwalt. Wir sind weit entfernt vom mörderischen Rassismus und blinden Fremdenhass der fanatischen Extremisten. Aber noch nicht weit genug. Wer schwarz ist oder Moslem, gläubiger Jude auf dem Weg zur Synagoge oder auch nur Frau mit Kopftuch nachts in der Berliner S-Bahn nach Marzahn – der oder die leben auch heute noch gefährdeter als Sie und ich hier am Rand des Hofgartens, in der Maximilianstraße oder im ICE nach Nürnberg.

Brandanschläge und mörderische Überfälle – nicht nur in Westdeutschland, nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern auch in unseren europäischen Nachbarstaaten, Wahlerfolge von rechtsextremen Gruppierungen und Parteien kommen nicht aus dem Nichts. Sie wurzeln in uralten pseudo-ethnischen Vorurteilen, in rassistischen Ideologien, in vielfältiger Dummheit – und sie wurzeln in politischen, wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen Zu- und Umständen, die wir hilflos genug „prekär“ nennen. Gegen beides müssen alle Demokratinnen und Demokraten angehen.

Ich bin jetzt 68 Jahre alt. Die Illusion, alleine die Welt zum Guten verbessern zu können habe ich mir vor längerer Zeit abgeschminkt. Nicht abgeschminkt habe ich mir den Ehrgeiz Rädchen und manchmal auch Sand im Getriebe und wenn`s gut geht auch mal Schwungrad in der „Weltverbesserungsmaschine“ sein zu wollen. Und das eint mich mit den Preisträgern, in deren noble Gruppe Sie mich eingereiht haben: Otto Gritschneider, Jutta Limbach, Roman Herzog, Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Huber – ich brauche sie nicht alle aufzuzählen. Ich weiß, dass sie alle, solange sie leben, sich denselben Zielen der sozialen Gerechtigkeit und der lebendigen Demokratie verpflichtet fühlen wie ich. Zu diesen Großen gezählt zu werden, macht mich stolz. Und bescheiden. Wer mich sieht, der sieht mich, weil es Hans-Jochen Vogel gibt und Willy Brandt gab, Gustav Heinemann, Käte Strobel und so viele mehr. In der amerikanischen Soziologie gibt es eine kleine Spezialdisziplin namens OTSOLOGIE – abgeleitet aus dem Titel eines Buchs von Robert Merton „On the Shoulders of Giants“ – „Auf den Schultern von Riesen“. Man sieht uns, weil wir auf den Schultern von Großen stehen.

Juristin bin ich, wie Sie wissen, nicht geworden, obwohl dieser Berufswunsch neben denen der Astronautin und Mathematikerin bestand. RichterIn wollte ich gerne sein. Das mit der Astronautin habe ich sein lassen, nachdem andere vor mir den Mond betreten hatten und die Familienverhältnisse, die sich inzwischen ergeben hatten, ein Familienleben mit Mann und Kindern in der Kapsel oder im Raumanzug nicht so attraktiv erscheinen ließen.

Mein nächster Versuch, dem Recht zu dienen und es womöglich zu verbessern, scheiterte 1980: Als neu gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag beehrte ich Mitglied im Rechtsausschuss zu werden. Das war unter den gegebenen Umständen ungefähr so aussichtsreich wie der Versuch eines Ministranten, gleich zum Bischof ernannt zu werden. Aber immerhin konnte ich dann meine Kollegen permanent mit der Forderung belästigen, sich doch verständlich auszudrücken. Untereinander sollen sie ja reden, wie sie wollen, aber Gesetze sollten so formuliert werden, dass die Menschen sie verstehen können. Sehr erfolgreich war das nicht. Zwar gab es dann später eine kleine philologisch besetzte Abteilung in der Verwaltung des Deutschen Bundestages, in der alle Gesetzentwürfe überprüft werden. Ich habe aber manchmal den Verdacht, dass die Germanisten und Sprachwissenschaftler in dieser Abteilung alle ein Jura-Zweitstudium haben. Anders sind Namen wie Gesetzliches-Krankenversicherungs-Versorgungsstrukturgesetz nicht erklärbar. Diese Unverständlichkeit sichert natürlich auch Ihrem Berufsstand anhaltende Beschäftigung.

Das Ansehen der Juristen in der Bevölkerung hält sich seit vielen Jahren auf hohem Niveau. Das ist auch nicht besonders erstaunlich, denn die deutschen Bundesbürger und -bürgerinnen neigen zu – in meinen Augen übertriebener - Rechtsgläubigkeit. Tritt ein neues Problem auf, rufen sie nach einer neuen gesetzlichen Regelung und halten das Problem damit für gelöst, sobald das Gesetz beschlossen ist. Oft genug haben wir dann aber zwei Probleme: Das ursprüngliche und das Gesetz.

Für rechtsphilosophische oder rechtspolitische Erfolge oder Fähigkeiten haben Sie mich weder ausgezeichnet noch eingeladen, sondern für mein Eintreten für soziale Gerechtigkeit und ein fortschrittliches Verständnis der Familie und der Rolle der Frau. Diese Auszeichnung, die mich ehrt, und die Begründung von Herrn Ehrenpräsidenten Mertl, die mich erröten ließ, galten politischem Bemühen. Wobei ich – kleine Anmerkung - was meinen Laudator betrifft das Schlimmste befürchtete. Stammt doch von ihm der Satz: „Er sei nie Gefahr gelaufen, auf einer Schleimspur vor der Emanzipation auszurutschen.“ Vor diesem Hintergrund ist seine Laudatio ausgerechnet auf mich, umso höher zu bewerten. Noch einmal meinen herzlichen Dank.

Bei mir standen am Anfang dieses politischen Bemühens die Tränen bei der Lektüre des Tagebuchs der Anne Frank.

Anne Frank konnte ihren, nicht nur im Tagebuch, sondern auch von Überlebenden bezeugten, rebellischen Geist nicht ausleben. Ich konnte es dank Eltern und Großmutter. An einem so vornehmen Ort wie der Residenz in München hätten sie mich eher nie vermutet.

Die häusliche Unterstützung war freilich auch nötig. Es war ja Mitte der 50er Jahre in Deutschland West für ein Mädchen nicht die Regel, aufs Gymnasium zu gehen. Noch

viel weniger war es die Regel, mit 17 schwanger und der Schule verwiesen zu werden. Der Job danach – einzige Frau als Programmiererin und später Systemanalytikerin in der Computerabteilung eines Großversandhauses, das heute wegen des Missmanagements einiger weniger nicht mehr besteht, Mutter von drei Kindern und verheiratet mit einem Mann, dem soziales Engagement mehr bedeutete als berufliche Karriere – ich glaube, mehr brauche ich nicht zu sagen, um zu erklären, warum die Themen

- soziale Gerechtigkeit
- Gleichstellung von Mann und Frau und
- ein neues Verständnis von Familie und Gesellschaft

meine spätere politische Arbeit bestimmten.

Schenken Sie mir, im weitesten Sinn dazu, noch die Zeit für drei abschließende Anmerkungen:

(1) Wir diskutieren heute zu Recht und noch ohne erprobte Lösungsvorschläge, was der Ökonom Dani Rodrik das Trilemma nennt, in dem die Weltwirtschaft gefangen ist: Es ist nicht möglich, gleichzeitig und mit gleichem Nachdruck die Ziele

- Demokratie
- nationale Selbstbestimmung und
- ökonomische Globalisierung

zu verfolgen. Mit den Problemen, die sich aus dieser Unvereinbarkeit ergeben, haben wir nicht erst heute Tag für Tag zu tun. Wenn aber nicht alles gleichzeitig geschafft werden kann, müssen Prioritäten gesetzt werden. Für mich hat das Bewahren unserer Demokratie und unserer Freiheit Priorität. Dies ist ohne Gerechtigkeit, ohne soziale Gerechtigkeit nicht möglich. Diese hat viele Aspekte und Dimensionen, ich nenne nur eine einzige: Soziale Gerechtigkeit ist nicht erfüllt, wenn in einem Wohlstandsland wie dem unseren mit 15 Millionen Kindern zwei Millionen arm sind – 20 Mal mehr als in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

Mit immer höheren Sozialtransfers kann diesem Notstand nicht abgeholfen werden. Eltern müssen zu Bedingungen erwerbstätig sein können, zu denen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Das geht nicht ohne Mindestlöhne. Das geht nicht ohne mehr und gute Ganztagskindertagesstätten und -schulen. Und das geht nicht ohne Unternehmen, die einsehen und berücksichtigen, dass Kinder und Eltern Zeit füreinander und auch Alleinerziehende Chancen brauchen.

(2) Ich wünsche mir, dass endlich über einen Rettungsschirm für Kinder genauso intensiv diskutiert wird, wie über den immer größer werdenden für den Euro und die Großbanken.

Und, wenn erwidert wird, dass die letzteren für unser Gemeinwesen bedeutend sind, weil sie ja schließlich „systemisch“ seien, dann sage ich: Noch viel „systemischer“ sind unsere Kinder, denn ohne ausreichend viele, gut ausgebildete junge Menschen haben nicht nur die Banken, sondern wir alle keine Zukunft.

Im Interesse unserer Kinder und unser aller Zukunft, im Interesse unserer Demokratie muss endlich Schluss sein mit der Überschuldung der Staaten, mit einer wild gewordenen, nichts mehr mit der Realwirtschaft zu tun habenden Finanzwirtschaft, mit Spekulationen ohne Moral und ethisches Fundament, z.B. auf den Mangel an Lebensmitteln, mit den Profiten für wenige und der Armut für viele: Die Zahl der Milliardäre ist in Deutschland im letzten Jahrzehnt deutlich gestiegen –

wie schön - gleichzeitig sind die Einkommen breiter Mittelschichten deutlich gesunken.

Dies alles hat nichts mehr mit der Friedensidee Europas, nichts mehr mit der Friedensdividende, wie sie Willy Brandt genannt hat, einer Welt ohne Eisernen Vorhang zu tun. Und die Jugend der Welt begehrt zu Recht zunehmend dagegen auf. Sie wollen soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Letztere bedeutet auch, dass nur Intelligenz und Begabung eines Kindes über seinen Bildungsabschluss entscheiden darf und nicht die soziale Herkunft. Also muss frühzeitige – auch außerfamiliäre Förderung – von Kindern obligatorisch werden. Kindertagesstätten sind keine Aufbewahrungsorte, sondern Bildungseinrichtungen. Es nervt manchmal, nach bald einem Jahrhundert wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse immer noch erklären zu müssen: Bildung fängt in der Wiege an. Und solche Förderung schließt liebevolle Zuwendung, Wärme, Spiel, soziale Kontakte ein. Das immer noch zu diffamieren ist also nicht nur ungerecht, sondern auch volkswirtschaftlich dumm.

(3) Ungerecht und volkswirtschaftlich dumm ist es auch, noch brach liegenden Potentiale nicht zu erkennen. Wir haben heute die am besten ausgebildete Frauengeneration, die es je gab. Frauen haben die Männer bei den schulischen und beruflichen Bildungsabschlüssen nicht nur eingeholt, sondern überholt. Aber aus den Bildungsgewinnerinnen werden die Karriereverliererinnen. Frauen sind in Führungspositionen noch immer weit unterrepräsentiert, Minijobs, befristete Arbeitsverhältnisse, Altersarmut sind weiblich. Auch in der Wirtschaft hat ein Jahrzehnt freiwilliger Vereinbarungen nichts gebracht. Deshalb brauchen wir, wie es Norwegen vorgemacht hat, eine Quote, auch für die Privatwirtschaft – im Interesse der Frauen und im Interesse der Unternehmen. Und wir brauchen dazu eine Veränderung der Arbeitswelt, die berücksichtigt, dass Frauen und Männer Kinder wollen und Zeit für sie brauchen. Der allzeit verfügbare, mobile Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerin und Familie schließen sich aus.

Gerne würde ich Ihnen noch einige andere Gedanken zu Problemen vortragen, die mir auf der Seele liegen. Das wäre aber zum einen unfair, weil Sie in diesem Rahmen nicht so recht widersprechen könnten, sollten Sie mir unverständlicherweise nicht zustimmen. Zum anderen glaube ich, Ihre Geduld schon ausreichend strapaziert zu haben.

Prof. Uwe Wesel antwortete kürzlich auf die Frage, was Gerechtigkeit sei: „Gerechtigkeit ist für mich soziale Gleichheit.“ Nicht im Sinne von Nivellierung, von Gleichmacherei, sondern im Sinne unseres Grundgesetzes, der gleichen Würde jedes und jeder einzelnen, die ohne soziale Gerechtigkeit unerreichbar ist. Und Friedrich Hebbel, den manche den Schutzpatron der Anwaltschaft nennen, schrieb: „Leben heißt parteiisch sein.“ Beides zusammen genommen halte ich – nicht nur für mich - für ein brauchbares Motto der Arbeit für eine gute Gesellschaft.